



HAUSHALTSANTRÄGE 2016/ 2017

- 1. Wir beantragen erneut, dass das Mittagessen für die ErzieherInnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.**
Begründung: Das gemeinsame Mittagessen von ErzieherInnen und Kindern muss als Teil der pädagogischen Arbeit verstanden und im pädagogischen Konzept verankert werden.
- 2. Wir beantragen die Weiterentwicklung des Kindergartens Auf der Burg auf zu einem Familienzentrum.**
Begründung: Die Betreuungseinrichtung ist mit ihrem 100%igen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund zweifelsohne eine Besonderheit in Filderstadt. Die Erzieherinnen planen gemeinsam mit den Eltern schon länger die Weiterentwicklung der Kita zu einem Kinder- und Familienzentrum. Das Land Baden- Württemberg plant zudem diese Zentren mit einer Mio. Euro zu fördern. Die Verwaltung muss hier den entsprechenden Förderantrag stellen.
- 3. Die Jahnschule in Harthausen erhält für die Herstellung ihres Pausenhofes 3.000 €**
Begründung: Durch den Bau des neuen Kinderhauses ist der Grünbereich mit Spielgeräten weggefallen. Um für die Schülerinnen und Schüler einen adäquaten Ersatz zu schaffen, hat die Schulgemeinschaft die Initiative ergriffen Für die Umgestaltung des Außenbereichs und der Anschaffung von neuen Kletter-, Spiel- und Bewegungsangeboten wurden bereits 17.000 € aus Spenden, Einnahmen aus Veranstaltungen und Zuwendungen des Fördervereins zusammengetragen. Dieses Engagement muss, wie auch schon bei anderen Projekten dieser Art geschehen, gewürdigt werden.
- 4. Wir beantragen für die Beleuchtung des Soccerfields in Sielmingen 2000 Euro in den Haushalt einzustellen. Begründung:** Das Feld wird intensiv genutzt und erfreut sich großer Beliebtheit. Deshalb soll es, vor allem in den Wintermonaten, auch nach Einbruch der Dunkelheit bespielt werden können.
- 5. Wir beantragen die Fortschreibung der Konzeption zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung.**
Begründung: Die letzte Konzeption stammt aus dem Jahr 2005 und bildet seither die Grundlage für Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung. Nachdem nun die wesentlichen Bausteine auf den Weg gebracht worden sind, gilt es die Konzeption fortzuschreiben, vor allem was den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagesangebote anbelangt. Die Verwaltung muss dabei aufzeigen, wie sie hier sukzessiv die dringend benötigten Ganztagesangebote in den entsprechenden Kitas zu realisieren gedenkt.
- 6. Wir beantragen die zügige Erarbeitung des Entwicklungsplans für die Umsetzung der Ganztagesesschulen im Grundschulbereich.**
Begründung: Im Dezember 2014 hat der Gemeinderat den Ausbau des Ganztageseschulangebotes an den Grundschulen beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit den betroffenen Schulleitungen einen Entwicklungsplan zu erarbeiten.

Dieser darf nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Es muss aufgezeigt werden wo und wann zeitnah der nächste Standort realisiert wird.

- 7. Wir beantragen die kurzfristige Aufstellung von Büchertauschregalen/ bzw. Schränken in den Stadtteilen Plattenhardt, Bonlanden, Harthausen an geeigneten Stellen. Begründung:** Wie bereits in der Gemeinderatssitzung vom 13.04.2015 von uns beantragt und einstimmig beschlossen, soll die Aufstellung der Büchertauschregale auf alle Stadtteile, in denen kürzlich die Büchereizweigstellen geschlossen wurden, erweitert werden. Die Büchertauschregale könnten an geeigneter Stelle, wie z.B. den Eingangsbereichen der örtlichen Rathäuser/ Bürgerämter stehen. Dieser Antrag steht der Umsetzung eines Kunstobjektes in diesem Zusammenhang keinesfalls entgegen, dieses kann einen Standort ersetzen oder ergänzen. Eine kurzfristige Aufstellung der Büchertauschregale soll aber ermöglicht werden.
- 8. Wir beantragen ein Gesamtkonzept, das aufzeigt, wie in den nächsten Jahren Barrierefreiheit in unserer Stadt verwirklicht werden kann und welche finanziellen Mittel dafür erforderlich sind. Begründung:** Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sind Mittel lediglich für „barrierefreie Straßenräume“ eingestellt. Diese Mittel halten wir für nicht ausreichend und die geplanten Maßnahmen für zu kurz gegriffen. Das geforderte Konzept muss den gesamten Verkehrsbereich sowie alle öffentlichen Gebäude und Einrichtungen umfassen. Die Absenkung von Bordsteinkanten und die Umrüstung von Bushaltestellen allein reichen nicht aus.
- 9. Wir beantragen im gesamten WIE Barrierefreiheit herzustellen, indem ein Zugang barrierefrei geschaffen wird. Dazu sollen die Kosten eruiert und die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Begründung:** Das WIE ist unser erstes und bislang einziges Begegnungs- und Bildungszentrum und hat sich bereits als Vorzeigeobjekt etabliert. Obwohl das Haus im Inneren barrierefrei ist, sind aus Kostengründen der Zugang außen vor gelassen. Dies ist nicht länger hinnehmbar. Ohne Barrierefreiheit kann Inklusion nicht gelingen.
- 10. Wir beantragen, die Realisierung des Projektes „Filderstädter Spielräume-Bewegungsangebote für Alle“. Dazu sollen im Haushaltsjahr die erforderlichen Planungskosten eingestellt werden, damit 2018 mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden kann. Begründung:** Die Realisierung des vor Jahren im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsprozesses erarbeitete Projekt „Spielräume“, ist den Zukunftssicherungsmaßnahmen zum Opfer gefallen. Seitdem sind nur noch finanzielle Mittel für die Reparatur bzw. den Austausch von Spielgeräten auf den bereits vorhandenen Spielplätzen eingestellt worden. Die Schaffung neuer Spielräume findet keine Berücksichtigung. In dem jetzt geforderten Projekt müssen Spielräume so konzipiert sein, dass sie Bewegungsangebote für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig des Alters, bieten.
- 11. Wir beantragen, den von uns bereits eingereichten Antrag zur Entwicklung eines intergenerativen Konzepts der „Bespielbaren Stadt“ auszuarbeiten und umzusetzen und die benötigten Gelder in den Haushalt einzustellen. Begründung:** Im städtischen Raum gibt es zu wenige Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, sich zu bewegen und sich sinnvoll zu beschäftigen. Die Kinder und Jugendlichen sollen dazu motiviert werden, sich selbstständig im städtischen Raum zu bewegen. Verschiedene Spielstationen sollen die Wege zwischen Kindergärten, Schulen, Sport- und Freizeistätten verbinden. Orientierung bietet das bereits umgesetzte Konzept der Stadt Griesheim. Aber auch Erwachsenen und SeniorInnen sollen die Möglichkeit nutzen können, sich zu bewegen und aktiv etwas für ihre Gesundheit zu tun. Daher sollen die Spiel- und Sportgeräte und Wege so ausgewählt werden, dass sie sowohl für Kinder und

Jugendliche als auch für Familien, Erwachsene und SeniorInnen attraktiv sind. Ziel ist es, ein Wegenetz zu entwickeln, das sowohl innerhalb der Stadtteile verläuft als auch die verschiedenen Stadtteile miteinander verbindet.

12. Wir fordern einen Bericht wie Gender Mainstreaming in unserer Verwaltung umgesetzt wird.

Begründung: Im Juli 2002 hat der Ausschuss für Verwaltung und Bürgerbeteiligung einstimmig beschlossen, dass die Gender- Mainstreaming- Strategie in die Arbeit des zuständigen Fachdezernats- damals noch Frauenreferat, heute Referat für Chancengleichheit, aufgenommen werden soll. Ziel sollte sein bereits in der Planungsphase Maßnahmen und Konzepte auf etwaige geschlechtsspezifische Auswirkungen hin zu überprüfen. Es soll nun in einem Bericht dargestellt werden, wie das beschlossene Prinzip innerhalb der Verwaltung im Laufe der Jahre umgesetzt wurde und wo ggf. noch Handlungsbedarf besteht.

13. Wir fordern, dass alle Vorlagen, politische Entscheidungen, Konzeptionen und Projekte unter dem Prinzip des Gender- Mainstreaming geprüft werden. Begründung:

Anhand einer Kennzeichnung analog zu der des ISEK- Projektes soll kenntlich gemacht werden, wem die Maßnahme zu gute kommt und ob das Vorhaben die Chancengleichheit von Frauen und Männern fördert.

14. Wir beantragen die Schaffung von preiswertem Wohnraum für unsere Bürgerinnen und Bürger. Dazu fordern wir einen Bericht über die Entwicklung des städtischen Wohnraums und fordern die Verwaltung auf, Maßnahmen zu benennen, um Defizite abzubauen.

Begründung: In den letzten Jahren gingen zahlreiche ehemalige städtische Wohnungen verloren, meist durch Umwandlung in Kindertagesstätten. Neuer Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen und geringen Chancen auf dem Wohnungsmarkt wurde nicht geschaffen. Ohne ein Gegensteuern sehen wir erhebliche Schwierigkeiten auf die Stadt und ihre wirtschaftlich weniger gut gestellten Bürgerinnen und Bürger zukommen. Das Land plant zu Beginn des neuen Jahres ein Investitionsförderprogramm für den sozialen Wohnungsbau. 60% sollen vom Land kommen, 40% von den Kommunen. Dadurch soll allen Wohnungssuchenden gerecht werden.

15. Wir beantragen die Schaffung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft.

Begründung: Nachdem in den letzten Jahren kein neuer städtischer Wohnraum geschaffen, sondern abgebaut wurde, sehen wir die dringende Notwendigkeit des Handels. Dazu gehört auch, dass die Stadt aktiv Wohnraumpolitik betreibt. Neben der Schaffung von erschwinglichem Wohnraum, sehen wir einen steigenden Bedarf nach alternativem Wohnraum und -formen. Dazu kann z.B. die Initiierung von Bauherrenmodellen einen wichtigen Beitrag leisten.

16. Wir beantragen, dass die Wirtschaftsförderung eine Konzeption ihrer Arbeit erstellt und diese dem Gemeinderat vorstellt.

Begründung: Die positive wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Filderstadt bildet die Voraussetzung für die Entwicklung und Gestaltung aller anderen Lebensbereiche in der Stadt. Eine konzeptionelle Grundlage ist für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unabdingbar. Diese könnte beispielsweise die Vorstellungen zur künftigen Entwicklung der verschiedenen Gewerbegebiete in Filderstadt enthalten, die die jeweiligen Standortvorteile berücksichtigt. Neben der Bestandspflege sollte diese Konzeption eine Analyse der Ursachen für die aktuelle Situation beinhalten. Außerdem sollten konkrete Maßnahmen dargestellt werden, um zukünftig die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Weiterhin ist es wichtig, räumliche und zeitliche Zusammenhänge zu berücksichtigen, d. h. die Möglichkeiten einer regionalen wirtschaftlichen Vernetzung in Betracht zu ziehen und die Ansiedlung zukunftsorientierter und innovativer Unternehmen gezielt zu fördern.

17. Wir beantragen einen Bericht der städtischen Wirtschaftsförderung mit Kennzahlen

Begründung: Um den Bericht der städtischen Wirtschaftsförderung analysieren und bewerten zu können beantragen wir einen Bericht mit Kennzahlen und Vergleichszahlen im Rahmen einer Vorlage. Diesen Bericht erbitten wir jährlich dem AVBW vorzustellen. Der aktuelle Modus dies im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation vorzustellen, lässt dem Gemeinderat weder die Raum für eine dem Thema angemessene Vorbereitung noch bietet er die Möglichkeit die dargestellten Ergebnisse analysieren und bewerten zu können.

18. Wir beantragen, für notwendige Aktivitäten im Rahmen des „fairen Filderstadt“ 2500 Euro jährlich in den Haushalt einzustellen.

Begründung: Damit sollen u.a. die Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation und Durchführung der „fairen Woche“ ermöglicht und unterstützt werden. Der Gemeinderat der Stadt Filderstadt hat die faire Beschaffung innerhalb der Stadtverwaltung und die Entwicklung Filderstadts zur „fair trade town“ beschlossen. Damit die Ziele des „fairen Filderstadt“ umgesetzt werden können, müssen Gelder bereitgestellt werden.

19. Wir beantragen die städtische Aufwertung Bonlandens. Begründung: Die Bonländer Hauptstraße bedarf dringend einer Umgestaltung und Aufwertung. In den vergangenen Jahren wurde lediglich die Marktstraße und deren Umgebung betrachtet. Das Ortszentrum soll, in Ergänzung der bisherigen Maßnahmen, entsprechend der Bedeutung von Bonlanden, entlang der Bonländer Hauptstraße umgebaut werden. Hierfür ist ein Konzept zu entwickeln.

20. Wir beantragen zu prüfen, ob in Bonlanden zu Renaturierungsmaßnahmen am Bombach Grunderwerb möglich ist.

Begründung: Der Bombach ist in Bonlanden teilweise verdolt, teilweise renaturiert oder zwischen der Radsportgaststätte Edelweiss und der Rotfeldstraße (bis zur Trafostation)- in einen engen Kanal eingesperrt. Mit dem Flächenerwerb könnten Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden, dem Bombach einen natürlichen Bachlauf zugeführt werden und der Bevölkerung einen Erholungsraum geboten werden.

21. Wir beantragen die aktive Beteiligung der Stadt Filderstadt am Landschaftspflegeverband „Blühender Landkreis“.

Begründung: „Blühender Landkreis“ soll in der Bevölkerung das Bewusstsein für Blühflächen und Bienen und deren Bestäuberleistung stärken und aufzeigen. Der Kreis Esslingen betreibt die Schaffung eines Landschaftspflegeverbands - wie in zahlreichen anderen Landkreisen schon eingerichtet -, um die Landschaftspflege nachhaltig zu organisieren. In Zusammenarbeit mit Kommunen sowie Vereinen und Bürgern werden Projekte initiiert, die für Blütenreichtum im Garten und in der Landschaft werben. Auch das öffentliche Grün, etwa das Straßenbegleitgrün, lässt sich bunter und damit bienenfreundlicher gestalten.

22. Wir beantragen, das Rebhuhnschutzprogramm auszubauen. Dafür sollen im Haushalt 6000 Euro eingestellt werden.

Begründung: Ein erfolgreicher Natur- und Umweltschutz erfordert nachhaltige Maßnahmen. Eine solche Maßnahme ist das Rebhuhnschutzprogramm. Neben dem Rebhuhn profitieren viele andere Vogelarten, Kleinsäuger und Insekten davon. Die Maßnahme fördert zum einen die Biotopvernetzung, zum anderen wird die Landschaft aufgrund der Bepflanzung optisch aufgewertet und trägt daher auch zur Verbesserung des Naherholungswertes der Natur für die BürgerInnen bei.

23. Wir beantragen notwendige Finanzmittel gesondert für die Pflege der Naturdenkmäler im Haushalt einzustellen. Begründung: Bei der Pflege der Naturdenkmäler liegt ein Pflegerückstand vor, insbesondere bei der Pflege von flächenhaften Naturdenkmälern.

24. Für die Digitalisierung der Daten, die bei der Obstbaumkartierung erhoben wurden, sollen weiterhin Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: Die Digitalisierung der Daten ist mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden. Sie ist jedoch notwendig, um die Daten für die Entwicklung einer Konzeption nutzbar machen zu können. Die Daten sollen auch den BürgerInnen zur Verfügung gestellt werden.

25. Wir beantragen die Fortführung der Aktion „Heizungspumpentausch“.

Begründung: Der Heizungspumpentausch ist eine Aktion des Arbeitskreises Klimaschutz und des Umweltschutzreferates und leitet sich aus dem 2014 beschlossenen Klimaschutzkonzept der Stadt ab. Diese Aktion muss auch in den Folgejahren fortgesetzt werden, um eine Kontinuität und ein greifbares Ergebnis zu erzielen. Es sollen erneut € 5.000.- jährlich, bereitgestellt werden, allerdings wird der Zuschuss für den Heizungspumpentausch jetzt auf € 50,00.- pro Heizungspumpe/ Haushalt festgesetzt. Die Aktion soll über die Stadtwerke abgewickelt werden.

26. Wir beantragen die Einrichtung von öffentlichen Stromtankstellen zum Aufladen von Elektrofahrzeugen und E-Roller usw..

Begründung: Für die zukunftsweisende Elektro-Mobilität soll in Filderstadt ebenfalls die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stehen. Wir beantragen die Einrichtung von Stromtankstellen an den Standorten Fildorado, FILharmonie, S-Bahn Parkhaus Bernhausen und jeweils eine Stromtankstelle bei den Rathäusern in Harthausen, Sielmingen und Plattenhardt. Durch die Einrichtung einer öffentlichen Stromtankstelle pro Stadtteil kann die Attraktivität der Elektromobilität gesteigert und flächendeckend vorgebracht werden. Ein weiterer Baustein zu „Filderstadt auf Klimakurs“.

27. Wir beantragen die Einführung von Tempo 30 km/h im gesamten Stadtgebiet

Begründung: Tempo 30 würde die Lebens- und Aufenthaltsqualität in Filderstadt deutlich steigern.

Heute gibt es bereits sehr viele Tempo 30- Zonen im gesamten Stadtgebiet– ein wahrer Flickenteppich. Um einen wirklichen Beitrag zum Klimaschutz, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Reduzierung der Lärmbelastung für alle Bewohnerinnen und Bewohner Filderstadts herbeizuführen, ist eine flächendeckende Einführung der Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h zwingend notwendig. Die Ortsverbindungsstraßen bleiben hiervon unberührt. Tempo 30 würde die Lebensqualität steigern, einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten, eine Gleichstellung der Mobilität von unterschiedlichen Verkehrsmitteln – Fußgänger – Radfahrer –und Kraftfahrzeuge herbeiführen und ungleichmäßige durch Mobilität verursachte Belastungen in der Bevölkerung etwas ausgleichen.

28. Wir beantragen die Gründung einer BürgerInnen- Energie- Genossenschaft.

Begründung: Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Gründung einer BürgerInnen-Energie-Genossenschaft aktiv herbeizuführen. Die Stadtwerke Filderstadt sind Gründungsmitglied und bringen ein Gründungskapital von € 20.000.- ein. Die weiteren Gründungsanteile kommen dann von Bürgerinnen und Bürger, um anschließend entsprechende Projekte realisieren zu können. Die Details der BürgerInnen- Energie-Genossenschaft sollen mit den Stadtwerken, dem Klimaschutzmanager, externen Fachleuten und interessierten Bürgerinnen und Bürger ausgearbeitet werden. Die Schirmherrschaft wird vom Oberbürgermeister übernommen. Klimaschutz kann nur gemeinsam gelingen.

29. Wir beantragen darzustellen, welche Dächer von städtischen Gebäuden (Hallen, Schulen, Kindergärten, Hausmeisterwohnungen) sich für die Solarnutzung eignen.

Begründung: Dieser Antrag steht im direkten Zusammenhang mit Antrag 18. Geeignete Dächer sind darzustellen, welche sich für eine Solarnutzung (Photovoltaik) eignen. Diese Dächer sollen dann den Stadtwerken oder alternativ der Bürger-Energie-Genossenschaft

zur Verpachtung angeboten werden. Dieser Antrag wurde bereits im Haushalt 2014/ 2015 eingebracht, wurde aber von der Stadtverwaltung nicht bearbeitet. In der Zwischenzeit sind weitere neue städtische Gebäude hinzugekommen, welche ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

30. Wir beantragen in einem Probetrieb die Straßenbeleuchtung (innerorts) von der bisherigen Röhrentechnik auf LED- Technik umzustellen.

Begründung: Die heute im Einsatz befindlichen Leuchtstoffröhren in der Straßenbeleuchtung haben eine Leistungsaufnahme von 36 Watt. In der Regel sind in einer Straßenleuchte zwei dieser Leuchtstoffröhren im Einsatz. Mit dem Einsatz von LED Leuchtmittel könnte, bei einer Leistungsaufnahme von 20 Watt, eine Stromreduzierung von ca. 50 % und eine Reduzierung von CO² Emission herbeigeführt werden. Weitere Vorteile: LED- Leuchtmittel sind deutlich langlebiger, haben einen geringeren Wartungsaufwand und sind quecksilberfrei. Mit einem Startbetrag von ca. € 15.000.- könnten etwa 500 Leuchtstoffröhren gegen LED- Leuchtmittel ausgetauscht werden. Im Probetrieb soll ein Wohnquartier damit ausgestattet werden. Des Weiteren erwarten wir einen Erfahrungsbericht nach einem Betriebsjahr.

31. Wir beantragen eine Darstellung, welche Maßnahmen in den Jahren 2014/ 2015 durchgeführt wurden, um die innerörtliche Radwegführung zu verbessern.

Begründung: In den letzten beiden Jahren wurden Hinweise aus der Bevölkerung, von Vereinen oder Parteien an die Stadtverwaltung herangetragen, an welchen Stellen eine Radwegeverbesserung notwendig erscheint. Um nun in der Zukunft eine Weiterentwicklung des Radwegenetzes vorantreiben zu können, ist eine Bestandsaufnahme notwendig. Wir sehen in unserem Radwegenetz noch viel Verbesserungspotential und benötigen nun die entsprechende Datenbasis.

32. Wir beantragen die Aufbringung eines Fahrradschutzstreifens in „Bergauffahrtrichtung“ in der Plattenhardter Straße (K1224) in Bonlanden zwischen Humboldtstraße und Kleiststraße

Begründung: Wenn RadfahrerInnen sich vom Zentrum Bonlandens in Richtung Plattenhardt bewegen, endet der Radweg in Bonlanden an der Humboldtstraße und wird erst ab der Kleiststraße in Richtung Plattenhardt fortgeführt. Gerade bei der Bergauffahrt ist ein solcher Radstreifen auf der Plattenhardter Straße dringend notwendig. Dieser Schutzstreifen erhöht die Sicherheit für RadfahrerInnen, die sich in der Verkehrsbeziehung zwischen Bonlanden und Plattenhardt bewegen. Ab der Kleiststraße geht die Verkehrsführung dann in einen Radweg über.

33. Wir beantragen eine weitere Stellenerhöhung im Sozialen Dienst.

Begründung: Die Menschen in der Anschlussunterbringung brauchen intensive Betreuung und Begleitung. Der/ die zukünftige Mitarbeiter/ Mitarbeiterin soll 80 % seiner/ ihrer Tätigkeiten in den Unterkünften selbst verbringen, um die Nöte und Sorgen der zu betreuenden Menschen direkt aufzunehmen und bearbeiten zu können. Nur ein direkter Kontakt (ohne Amtsstube) ist effektiv und zielführend. So kann Integration schneller stattfinden. Alternativ kann zur Ausübung dieser Tätigkeit, die Trägerschaft auch an eine andere Institution/ Einrichtung vergeben werden.

34. Wir beantragen einen Bericht über den aktuellen Sanierungsbedarf aller städtischen Gebäude

Begründung: Aus unserer Sicht lässt sich derzeit nicht erkennen, welche städtischen Gebäude einen Sanierungsbedarf, sowohl energetischer, als auch (bau)technischer Art aufweisen. Schulen, Kindergärten, Hallen, Verwaltungsgebäude usw. müssen mit den zu erwartenden Maßnahmen dargestellt werden, verbunden und einer Priorisierung der Objektsanierung.

35. Wir beantragen, dass sich die Verwaltung für eine Einführung von Tempo 100 km/h auf der B27 im gesamten Stadtgebiet einsetzt.

Begründung: Der Verkehr und damit die Lärmbelastung auf der B27 nimmt stetig zu. Da die B27 mitten durch unsere Stadt geführt ist, ist dieser Lärm im ganzen Stadtgebiet zu hören. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h wird den Lärm erheblich reduzieren. Des Weiteren wird durch eine Temporeduzierung auch der CO²-Ausstoß reduziert. Dies wiederum bringt uns unserem vereinbarten Klimaziel näher. Auch außerhalb unserer Stadt gelten auf der B27 Geschwindigkeitsbeschränkungen.

36. Wir beantragen die Abschaltung reiner Fußgängerampeln.

Begründung: Um Filderstadt für die FußgängerInnen attraktiver zu gestalten und somit weniger Autofahrten und damit weniger CO²-Ausstoß zu erzeugen sollen die FußgängerInnen, dort wo möglich, bevorzugt werden. Um als FußgängerIn bequem und zügig vorwärts zu kommen, sollen reine Fußgängerampeln abgeschaltet werden. Dies hat zur Folge, dass FußgängerInnen – dann an einem Zebrastreifen - bei der Überquerung der Straße nicht warten müssen. Sofern im Rahmen einer Kreuzung Ampelanlagen in Betrieb sind, ist die Anforderungszeit für Fußgängergrün so weit als möglich zu reduzieren und unter 40 sec zu halten. Die Querungen sollen in einem Zug möglich sein (Rundum-Grün).

37. Wir beantragen die Einrichtung von Rad-Parkplätzen an den Rathäusern

Begründung: Der Gemeinderat hat jüngst beschlossen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung einen Zuschuss zu gewähren wenn sie überwiegend mit dem Rad zur Arbeit fahren. Um diesen Umstieg aufs Rad weiter attraktiv zu machen, sollen an den Rathäusern überdachten Radstellplätze (auch für hochwertige Räder) zur Verfügung gestellt werden. Gegebenenfalls sind PKW-Stellplätze hierfür zur Verfügung zu stellen. Dies soll auch für andere städtische Einrichtungen wie z.B. die Filharmonie, VHS, Bürgerbüros gelten.